

GROSSER RAT

GR.25.245

VORSTOSS

Postulat Annetta Schuppisser, GLP, Bremgarten (Sprecherin), Matthias Betsche, GLP, Möriken-Wildegg, vom 26. August 2025 betreffend gezielte Anreize für unternehmerische Diversifikation und Innovation angesichts der US-Zölle

Text:

Der Regierungsrat wird eingeladen zu prüfen, welche steuerliche und weitere Anreize im Kanton Aargau zur Förderung der unternehmerischen Innovation und Diversifikation angesichts der neuen US-Zölle gesetzt werden sollen, um den Wirtschaftsstandort Aargau nachhaltig zu stärken.

Begründung:

Die Nachverhandlungen des Bundesrates mit der US-Regierung haben sich leider nicht ausgezahlt. Seit dem Zollentscheid von US-Präsident Trump erheben die USA einen Importzoll von 39 % auf Schweizer Produkte.

Das ist doppelt problematisch. Erstens gehört dieser Satz zu den höchsten überhaupt und liegt deutlich über jenem für die EU. Das schwächt die relative Wettbewerbsfähigkeit. Zweitens gehen – exklusive Gold – rund 19 % aller Schweizer Warenexporte in die USA, sodass ein erheblicher Teil der Wirtschaft betroffen ist.

Geht es der Exportindustrie schlecht, ist auch der Wohlstand der ganzen Bevölkerung betroffen. Gefährdet sind auch Arbeitsplätze im Kanton Aargau.

Es ist zu prüfen, welche Massnahmen nun zielgerichtet eingesetzt werden können bzw. sollen, um die Rahmenbedingungen für den Wirtschaftsstandort Aargau und die Aargauer Exportwirtschaft zu stärken.

Der Regierungsrat soll daher angesichts der neuen US-Zölle Anreize zur Förderung der unternehmerischen Innovation und Diversifikation prüfen (und Bericht darüber erstatten), wie die Wettbewerbsfähigkeit und Wirtschaftsinnovation angesichts der neuen Marktentwicklungen gestärkt werden kann – wie beispielsweise durch die steuerliche Abzugsfähigkeit von Markteintrittskosten, Zuschüsse an Exportprojekte in neuen Regionen, steuerliche und finanzielle Anreize für Investitionen und Innovationen zur Erleichterung eines (neuen) Marktzugangs, Stärkung der Investitionssicherheit usw.

Bei der Prüfung der vom Vorstoss angesprochenen Anreize ist explizit von industrie – bzw. branchenpolitischen Sondermassnahmen abzusehen. Statt einzelne Branchen mit Subventionen zu stützen, gilt es, den Standort angesichts der US Zölle insgesamt widerstandsfähiger zu machen.